

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 6 vom 6. Juni 2019, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Reto Schertenleib Peter Aegerter, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz (ab Traktandum 2), Alain Kleiner, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli (bis Traktandum 5), Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Margrit Schwander, Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Lorina Winkler
Entschuldigt	Hanspeter Aellig, Seraina Graf, Serge Lanz, Manfred Locher, Cloe Weber
Schluss der Sitzung	19:45 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Der Rat hat keine Einwände zur Traktandenliste, diese gilt als genehmigt.

67. Protokoll

Genehmigung des Protokolls vom 16. Mai 2019

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

68. Jahresrechnung und Jahresbericht 2018

Genehmigung

Bericht des Gemeinderates Nr. 16/2019

a) Eintretensdebatte über den ganzen Bericht

Gemeinderätin Andrea de Meuron freut sich, erstmals als Vorsteherin der neuen Direktion Finanzen Ressourcen Umwelt einige Worte zu Jahresrechnung und Jahresbericht 2018 an den Rat zu richten. Bei der aktuellen Jahresrechnung handelt es sich um die dritte nach HRM2 abgelegte Rechnung. Sie erinnert daran, dass die Jahresrechnungen 2016 und 2017 noch von einmaligen Sondereffekten geprägt waren – 2016 von der Abgrenzung Lastenausgleich Ergänzungsleistungen und Familienzulagen in der Höhe von 10 Mio. Franken, 2017 von den Rückstellungen für die Pensionskasse von 12.2 Mio. Franken. Bei der Jahresrechnung 2018 handelt es sich zum ersten Mal um einen „normalen“ Rechnungsabschluss. Die Abschlussarbeiten in der Verwaltung verliefen reibungslos und konnten fristgerecht abgeschlossen werden. In den vorberatenden Kommissionen konnten alle Fragen transparent und zufriedenstellend beantwortet werden. Sie dankt den Kommissionsmitgliedern für das Wahrnehmen ihrer Kontrollfunktion sowie allen Mitarbeitenden der Stadt Thun, die hinter diesen Zahlen stehen. Der Ertragsüberschuss von 7.5 Mio. Franken ist vor allem den höheren Steuereinnahmen sowie den tieferen Aufwendungen zu verdanken und soll für zusätzliche, nicht budgetierte Einlagen in zwei Spezialfinanzierungen fliessen – einerseits in den baulichen Unterhalt Verwaltungsvermögen, andererseits in den Werterhalt Liegenschaften Finanzvermögen. Der Realisierungsgrad von lediglich 53 Prozent zeigt, dass nicht alles Geplante umgesetzt wurde. Immerhin liegen die Nettoinvestitionen im Jahr 2018 um rund 30 Prozent über dem Zehnjahresschnitt. Mit dem neuen Tool und der Einteilung in Finanzplan- und Sachplanwerte erhofft sich der Gemeinderat für die Zukunft eine bessere Genauigkeit und einen höheren Realisierungsgrad. Die Kehrseite der höheren Investitionen ist der rund 4 Mio. Franken hohe Anteil Fremdfinanzierung an den Investitionen. Alles in allem ist der Gemeinderat erfreut über das positive Rechnungsergebnis, das kontinuierliche Wachstum an Steuererträgen und die kontrollierte Kostenentwicklung auf der Ausgabenseite. Die dank diesen Entwicklungen möglichen Einlagen in die Spezialfinanzierungen von 7.5 Mio. Franken sind mehr als nötig, denn dabei handelt es sich um eigentliche Vorfinanzierungen für anstehende Projekte.

Daniela Huber Notter, **BRK**, dankt im Namen der neu zusammengesetzten BRK allen Angestellten der Stadt Thun, die täglich ihr Bestes geben und zum guten Resultat der Rechnung beigetragen haben. In den SAKOs wurden die gestellten Fragen zu aller Zufriedenheit beantwortet. Besonders lobt sie die Ausgaben- disziplin in den Direktionen. Die Verwendung des Überschusses ist zu begrüßen, da allgemein bekannt ist, dass die Zukunft von der Sanierung der städtischen Infrastruktur geprägt sein wird. Die Jahresrechnung 2018 zeigt einmal mehr, dass die Stadt ihre Finanzen im Griff hat. Für den neuen Planungsprozess im Abrechnungsjahr 2020 werden die geplanten Investitionen aufgrund der Unterteilung in Finanzplan- und Sachplanwerte wesentlich tiefer ausfallen. Der per Ende 2018 ausgewiesene Selbstfinanzierungsgrad ist vertretbar. Die Stadt darf wiederum 48 Prozent der Steuererträge in die sechs Lastenausgleichssysteme einspeisen, was zwar unter 50 Prozent liegt, das enge Finanzkorsett der Stadt aber auch nicht lockerer macht für Ausgaben. Im Erläuterungsbericht des Finanzinspektorats ist zu lesen, dass in keiner Direktion pendente oder neue Revisionsfeststellungen vorhanden sind. Die BRK empfiehlt das Eintreten auf das Geschäft und die Zustimmung in allen Punkten.

Daniela Huber Notter, **glp/BDP-Fraktion**, hat den beiden vorhergehenden Voten nichts beizufügen. Sie dankt für die übersichtliche Berichterstattung der Jahresrechnung 2018. Die budgetierte und erreichte Null entspricht einer umsichtigen und verantwortungsvollen Haushaltsführung. Die glp/BDP-Fraktion folgt den Anträgen des Gemeinderats einstimmig.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, ist sehr erfreut über das Resultat der Jahresrechnung 2018. Sie dankt der Verwaltung für die Einhaltung der Budgetvorgaben. Sehr erfreulich ist die Entwicklung des Steuerertrags. Sie dankt den Einwohnern und Unternehmungen der Stadt Thun die Erwirtschaftung und Abgabe der Steuern und allen Beteiligten für die geleistete Arbeit – auch den Stadträtinnen und Stadträten, die sich in die Materie vertieft haben. Die Fraktion EVP+EDU+CVP stimmt dem Antrag des Gemeinderats in allen Punkten zu.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, folgt dem Antrag des Gemeinderats mit seiner Fraktion einstimmig. Er dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat ausdrücklich für die gute und übersichtliche Arbeit. Die Unterlagen waren sehr verständlich und die Fragen wurden gut und speditiv beantwortet. Die Jahresrechnung ist einmal mehr erfreulich. Er betont, dass die Rechnung über Jahre hinweg immer gut war und das Finanzdepartement in guten Händen lag. Die mittel- und langfristigen Steuern konnten gesenkt werden, man hatte Kontrolle über die Finanzen, HRM2 wurde gut umgesetzt und die Übergabe des Departements an die neue Finanzvorsteherin wurde sehr gut vorbereitet. Er vertraut darauf, dass dies unter der neuen Finanzvorsteherin auch in den nächsten Jahren so weitgehen wird und wünscht ihr alles Gute. Die SVP-Fraktion folgt den Anträgen des Gemeinderats einstimmig.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) bedankt sich bei allen Beteiligten für die übersichtliche und transparente Jahresrechnung. Sie begrüsst die gute Budgetierung und die Tatsache, dass diese auch eingehalten wurde. Die FDP-Stadtratsgruppe wird dem Gemeinderat in allen Punkten zustimmen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, ist erfreut über das solide Ergebnis und wird mit seiner Fraktion den Anträgen, anders als in den letzten zwei Jahren, völlig vorbehaltlos zustimmen. Die Spezialfinanzierungen entsprechen genau dem Inhalt der Reglemente. Er dankt allen Beteiligten herzlich für die geleistete Arbeit. Thun bewegt sich, und das ist gut so! Die Fraktion Grüne/JG stimmt den Anträgen vollumfänglich zu.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, ist sehr erfreut über den Rechnungsabschluss. Das positive Ergebnis zeigt, dass es der Stadt gut geht. Das vom ehemaligen Stadtrat Bühlmann dereinst prophezeite Plus ist aufgrund der vorsichtigen Budgetierung eingetreten. Sie dankt insbesondere dem Finanzverwalter Stefan Christen und seinem Team für die tadellose Buchführung, die auf der einwandfreien Arbeit von Verwaltung und Gemeinderat basiert. Aus dem Jahresbericht kommt eindrücklich hervor, wie viele Leistungen die Stadt erbringt. Die SP-Fraktion ist mit der Investition des Ertragsüberschusses in die Spezialfinanzierungen zugunsten der städtischen Infrastruktur einverstanden und wünscht sich eine Priorisierung der Schulhäuser. Punkto Realisierungsgrad muss offensichtlich etwas gehen und sie fragt sich, welches die Gründe dafür sind. Könnten zu knappe personelle Ressourcen schuld sein? Sie hat mehrfach vom Vorsteher Bau und Liegenschaften gehört, dass alle Reserven mobilisiert sind. Da hinter den Zahlen Menschen stehen, ist es besonders wichtig, zu den Mitarbeitenden Sorge zu tragen, damit sie mit Freude und Engagement zum Gelingen der Projekte und Aufträge beitragen können. Auch wenn der Handlungsspielraum wegen des Lastenausgleichs leicht nachgelassen hat, bleiben ca. 80 Mio. Franken, die Thun selbstbestimmt einsetzen kann. Sie ruft dazu auf, diese Chancen zur Weiterentwicklung der Stadt für eine hohe Lebensqualität zu nutzen. Die SP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig in allen Punkten.

b) Detailberatung

Teil A – Allgemeine Berichterstattung

Keine Bemerkungen.

Teil B – Jahresrechnung 2018

Keine Bemerkungen.

Teil C – Produktgruppenrechnungen 2018

Keine Bemerkungen.

c) Schlusswort

Gemeinderätin Andrea de Meuron dankt dem Rat für die sehr gute Aufnahme und die Vorschusslorbeeren, die ihr Stadtrat Schlatter entgegengebracht hat. Sie durfte etwas gut Aufgegleistes übernehmen und hat sehr kompetente Mitarbeitende. Mit einem Blick in die Zukunft macht sie den Rat darauf aufmerksam, dass die finanzpolitische Perspektive nicht ganz so rosig aussieht, gerade aufgrund der hohen Kosten für die anstehende Sanierung der Infrastrukturen. Auch die laufende Ortsplanungsrevision und die erwartete Zunahme der Bevölkerung, welche wiederum Infrastrukturen erfordert, bringen Kosten mit sich. Der gute Rechnungsabschluss hat auch damit zu tun, dass nicht alles umgesetzt werden konnte, teils aus übergeordneten Gründen. Wenn der Bedarf immer grösser wird, braucht es auch mehr Personal. Deshalb ist es sehr wichtig, die Ausgaben im Griff zu haben, um die Verschuldung nicht zu erhöhen. Die Selbstfinanzierung liegt jetzt schon unter 80 Prozent. Veränderungen stehen an, auch aufgrund des neuen Tools und durch die Aufteilung in Finanzplan- und Sachplanwerte. Deshalb ist sie gespannt, wie sich der Abschluss in einem Jahr gestalten wird. Die anstehenden Aufgaben sind gewaltig. Smart City und E-Government könnten dabei helfen, die Aufgaben effizienter abzuwickeln, doch auch dort sind anfangs Investitionen nötig, die sich erst längerfristig auszahlen werden. Der Gemeinderat setzt dabei auf die Fortsetzung der „Finanzpolitik der ruhigen Hand“, um die Finanzpolitik im Gleichgewicht zu halten.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 Buchstabe a und Artikel 40 Buchstabe i der Stadtverfassung, Artikel 16 des Finanzreglements und Artikel 51 Geschäftsreglement des Stadtrates von Thun sowie nach Kenntnisnahme des Jahresberichtes inklusive Jahresrechnung 2018,

beschliesst einstimmig:

1. Bewilligung eines Nachkredites von CHF 6'562'707.03 als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung 2018, Konto 1740.3632.01 für die zusätzliche Dotierung der Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen.
2. Bewilligung eines Nachkredites von CHF 964'471.00 als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung 2018, Konto 1740.3632.02 für die zusätzliche Dotierung der Spezialfinanzierung Werterhalt Finanzvermögen.
3. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von CHF 14'385'836.78 in der Kompetenz des Gemeinderates, davon CHF 114'463.71 neu und CHF 14'271'373.07 gebunden.
4. Kenntnisnahme der bewilligten gebundenen Nachkredite von CHF 272'458.21 in der Kompetenz der Direktion Präsidiales und Finanzen (gemäss SW 2).
5. Genehmigung der Jahresrechnung 2018:

Aufwand Gesamthaushalt	CHF	292'763'672.24
Ertrag Gesamthaushalt	CHF	293'873'216.77
Ertragsüberschuss	CHF	1'109'544.53
Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF	273'817'496.21
Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF	273'817'496.21
Aufwand-/Ertragsüberschuss	CHF	0
Aufwand Spezialfinanzierung Abwasseranlagen	CHF	6'275'473.38
Ertrag Spezialfinanzierung Abwasseranlagen	CHF	6'744'489.30
Ertragsüberschuss	CHF	469'015.92
Aufwand Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung	CHF	6'935'287.47
Ertrag Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung	CHF	6'608'204.85
Aufwandüberschuss	CHF	327'082.62

Aufwand Spezialfinanzierung Feuerwehr	CHF	3'104'854.04
Ertrag Spezialfinanzierung Feuerwehr	CHF	3'778'320.27
Ertragsüberschuss	CHF	673'466.23
Aufwand Spezialfinanzierung Parkinggebühren	CHF	2'498'567.79
Ertrag Spezialfinanzierung Parkinggebühren	CHF	2'912'706.14
Ertragsüberschuss	CHF	414'138.35
Aufwand Spezialfinanzierung Parkplatz-Ersatzabgabe	CHF	131'993.35
Ertrag Spezialfinanzierung Parkplatz-Ersatzabgabe	CHF	12'000.00
Aufwandüberschuss	CHF	119'993.35
Ausgaben Investitionsrechnung	CHF	19'932'639.29
Einnahmen Investitionsrechnung	CHF	3'306'866.15
Nettoinvestitionen	CHF	16'625'773.14

6. Genehmigung der Jahresrechnung 2018 der Schiessanlage Guntelsey, welche bei einem Aufwand und einem Ertrag von je CHF 313'786.05 ausgeglichen abschliesst.
7. Genehmigung des Jahresberichtes 2018.

69. Jahresbericht 2018; Stand der hängigen Motionen und Postulate per 28. Februar 2019

Kenntnisnahme und Abschreibungen

Bericht des Gemeinderates Nr. 15/2019

Franz Schori, **SP-Fraktion**, weist auf Vorstoss Nr. 6 hin, wo steht, dass aufgrund der Prüfung im Rahmen des STEK 2035 und der laufenden Ortsplanungsrevision keine besondere Zone ausgeschieden werden soll. Daraus ergeben sich für ihn Fragezeichen bezüglich des Umsetzungswillens dieses Vorstosses. Es war ein bemerkenswerter Beschluss des Parlaments, in besonderen urbanen Zonen das Primat des Wohnens gegenüber dem Gastgewerbe zu brechen. Er ist sich bewusst, dass es dafür auf eidgenössischer Ebene Gesetzesänderungen braucht. Es gab dazu gescheiterte Vorstösse und er hofft auf eine neue Grundlage in der nächsten Legislatur, damit die Forderungen des Stadtrats umgesetzt werden können. Nach langem Diskutieren zu Vorstoss Nr. 7 kam die SP-Fraktion zum Schluss, dass dieser durch die Erarbeitung und Verabschiedung des Gesamtverkehrskonzepts umgesetzt ist. Jedoch gab es Signale aus Verwaltung und Gemeinderat, die darauf hindeuten, dass man gar nicht alle Teile des frisch verabschiedeten GVK umsetzen will. Dies gibt der SP-Fraktion zu denken und sie behält sich vor, mit dem einen oder anderen Vorstoss nachzuhaken und zu verlangen, dass das GVK umgesetzt wird.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, staunt über die Vorstösse Nr. 7 und 15. Sie bedauert, dass die separaten Zonen für Kultur, Ausgehen und Gastronomie ausgeschlossen werden und hat zur Kenntnis genommen, dass das übergeordnete Recht im Weg steht. Dennoch wäre es ihres Erachtens möglich, bei der Planung eines Gebiets die Wohnungsnutzung bei entsprechender Kommunikation schon von Anfang an etwas zu reduzieren. Eine gewisse Zentralisierung von Kultur und Gastronomie dürfte auch mögliche Konfliktherde eingrenzen.

Der Stadtpräsident schlägt vor, diese Debatte nicht jetzt zu führen, da dies den heutigen Rahmen sprengen würde. Der Vorschlag zur Ortsplanung soll dieses Jahr noch in die Mitwirkung gehen, wo man dann etwas konkreter werden kann. Der Gemeinderat wird zu diesem Zeitpunkt auch besser beurteilen können, was der Stadtrat sich vorstellt.

Barbara Klossner-Beer, **SVP-Fraktion**, stellt den Antrag, Vorstoss Nr. 31 nicht abzuschreiben. Es ist zwar richtig, dass die Erschliessungssachse Autobahn A6 – Gewerbezone Gwattmoos im Gesamtverkehrskonzept aufgeführt wird. Der SVP-Fraktion reicht die blosser Aufnahme ins Gesamtverkehrskonzept jedoch nicht, es fehlen ihnen zu diesem Zeitpunkt eine griffige Aussage und ein konkreter Plan. Sobald ein Vorschlag für eine Projektierungsidee vorliegt, werden sie eine Abschreibung unterstützen.

Der Rat nimmt den Antrag der SVP-Fraktion, Vorstoss Nr. 31 (P (M) 4/2017) nicht abzuschreiben, mit 31 : 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen an.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, hat zu Vorstoss Nr. 32 erfreut zur Kenntnis genommen, dass die SAKO BiSK über den Ablauf der Sanierungen der Schulhäuser informiert wurde. Die SP-Fraktion ist einverstanden mit der Abschreibung. Vorstoss Nr. 48 schreiben sie ebenfalls mit sehr grosser Freude ab. Es handelt sich um einen bemerkenswerten Vorstoss, der in der gleichen Sitzung eingereicht und überwiesen wurde. Das Legislaturziel wurde durch den Gemeinderat aufgenommen und die SP-Fraktion nimmt dies mit Genugtuung zur Kenntnis.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 51 seines Geschäftsreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 15. März 2019,

beschliesst einstimmig:

1. Kenntnisnahme vom Stand der hängigen Motionen und Postulate.
2. Die Vorstösse Nrn. 4, 5, 7, 8, 13, 17, 18, 22, 27, 29, 30, 32, 39, 40 und 48 dieses Berichtes werden abgeschrieben.

70. Legislaturziele 2019 – 2022

Kenntnisnahme

Bericht des Gemeinderates Nr. 18/2019

Der Stadtpräsident berichtet dem Rat von der Medienkonferenz vom 16. Mai 2019. Mit seinem kollektiven Erscheinen drückte der Gemeinderat aus, dass es sich um Legislaturziele handelt, die er als Gremium erarbeitet hat. Er betont, dass man nicht in Direktionen denken darf, sondern eine sehr gute Zusammenarbeit innerhalb des Gremiums und der Verwaltung notwendig ist, um die Ziele zu erreichen. Am Erarbeitungsprozess wurden Modifikationen vorgenommen: Grundsätzlich hat der Gemeinderat gemäss Stadtverfassung die Verantwortung für die Legislaturziele, hat jedoch das grosse Fachwissen der Kadermitarbeitenden aus der Verwaltung einbezogen. Dies hat sich als sehr wertvoll erwiesen und es konnten realistische Ziele und Massnahmen zusammen definiert werden. Als Grundmaxime dient die Nachhaltigkeit, die drei Dimensionen hat. Diese müssen alle berücksichtigt werden, um dem Parlament sowie dem Volk mehrheitsfähige Lösungen präsentieren zu können.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, findet die Legislaturziele schlüssig und nachvollziehbar. Der Ansatz, dass der Gemeinderat sich selbst Ziele setzt, ist richtig, und dennoch macht es durchaus Sinn, mit der Verwaltung Rücksprache zu nehmen. Sie verfällt jedoch beim Anblick der Ziele nicht in Euphorie, da sie sich etwas mehr Vision und Mut gewünscht hätte. Smart City beispielsweise ist ein zentrales Ziel, aus dessen Massnahmen sie folgert, dass in dreieinhalb Jahren erst eine Strategie vorliegen wird. Es wäre wünschenswert, wenn man zum diesem Zeitpunkt schon mit der Umsetzung begonnen hätte, denn Thun sollte mit anderen Entwicklungen und Städten mithalten können. Auch das Legislaturziel, dass sich Thun auf dem Weg zur Energiestadt befindet, scheint zwar realistisch, aber ebenfalls nicht allzu ambitiös. Wenn sich die Stadt als Macherin präsentieren will, muss sie sich höhere Ziele setzen. Falls diese dann nicht erreicht werden, gibt es sicher gute Gründe dafür. Die glp/BDP-Fraktion nimmt die Legislaturziele zur Kenntnis.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, dankt dem Gemeinderat für die Definition der smarten Legislaturziele und nimmt diese zur Kenntnis. Nicht jede Massnahme ist gleich konkret beschrieben. Ein Schwerpunkt wird die Optimierung der Angebote als Wohnstadt sein. Auch dort wird es die Aufgabe des Stadtrats sein, ein Leuchtturmprojekt zu definieren. Er ist gespannt, wie die Massnahmen zum Integrationsprogramm umgesetzt werden, und begrüsst, dass der Gemeinderat den stadträtlichen Auftrag zur Attraktivierung der Innenstadt aufgenommen hat. Auch die Attraktivierung der Stadt als Wirtschaftsstandort scheint den Mitgliedern seiner Fraktion wichtig und sie hoffen, dass die fünf definierten Massnahmen genügen, um diesen

weiter zu stützen. Sie sind überzeugt, dass sich beim Ziel der Verkehrssituation einiges ändern wird, wenn die Bauarbeiten abgeschlossen sind und eine andere Ausgangslage vorliegen wird. Der Weg zum Prädikat Energiestadt ist ambitioniert und es wird sich zeigen, wie man alles finanzierbar machen und die Bewohner zu den nötigen Veränderungen motivieren kann. Die Sanierung der Infrastruktur ist auf gutem Weg, wobei die Fraktion die Eisssportanlage Grabengut, die Dreifachturnhalle und die Modernisierung der Schulinfrastruktur als Schwerpunkte sieht. Die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit birgt viele Chancen für die Zukunft. Das Hauptgeschäft ist für die Fraktion EVP+EDU+CVP der Abschluss der Ortsplanungsrevision, da damit zahlreiche Grundlagen für die nächsten 15 Jahre geschaffen werden.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, ist erfreut über die Legislaturziele, an denen die Grünen durch Gemeinderätin Andrea de Meuron erstmals mitgewirkt haben. Er ist erfreut, dass das zentrale grüne Anliegen der nachhaltigen Entwicklung mit ihren unterschiedlichen Dimensionen nun auf kommunaler Ebene angekommen ist, und hofft, dass davon mehr übrig bleibt als leere Worte. Der zweite Satz im Lead der Medienmitteilung hat etwas grosse Hoffnungen geweckt, da die erwähnte angestrebte Balance zwischen Wachstum, Lebensqualität und Klimaschutz in den Legislaturzielen nur in einer Fussnote zur Definition von Smart City zu finden ist. Auch das Wort „Klima“ kommt nur in einem Satz zu Ziel Nr. 7 vor. Erfreulich ist die Massnahme Nr. 3, die zeigt, dass der Wille für nachhaltige Leuchtturmprojekte mit den zwei erwähnten Arealen vorhanden ist. Auch das sehr anspruchsvolle Ziel Nr. 7 betreffend das Energiestadt-Label Gold ist zu begrüßen. Er stimmt Stadträtin Krenger zu, dass der Gemeinderat mit den Legislaturzielen noch ambitionierter hätte sein dürfen, z.B. bezüglich der Revision des Baureglements, wo man nicht nur die städtischen Gebäude, sondern sämtliche Neubauten hätten einbeziehen können. Das Ziel Smart City gefällt der Fraktion und sie haben vor allem Hoffnungen im Bereich der emissionsarmen City-Logistik. An die Massnahme Nr. 21 zum Veloverkehr haben sie grosse Erwartungen und hoffen, dass diese nicht untergeht. Die Fraktion Grüne/JG nimmt die Legislaturziele zur Kenntnis.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, nimmt die Legislaturziele erfreut zur Kenntnis. Der Gemeinderat hat viele Wegweiser aufgestellt, die nicht alle gleich klar zeigen, wo der Weg durchführt. Es wird sich zeigen, was man als mutig oder gar visionär bezeichnen kann. Sehr erfreulich ist bei Legislaturziel 3, dass die Entwicklung des ESP Thun-Nord vorankommt und durch die Beschlüsse in National- und Ständerat die Finanzierung genehmigt wurde, sodass die SBB den Regionalbahnhof realisieren kann. Punkt 7 zu Stärkung und Ausbau von Arbeits- und Integrationsmassnahmen ist sehr wichtig, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken und alle zu integrieren. Ein grosser Teil des Selbstverständnisses der Integration von Menschenwürde hat mit der Arbeit zu tun. Der Umsetzungsplan und die Massnahmen zur Attraktivierung der Innenstadt (Punkt 4) sind sehr erfreulich. Die Sitzbänke in der Innenstadt sind ein Erfolg und werden genutzt. Auch die Attraktivierung der neuen Fussgängerzone ist sehr willkommen, vor allem angesichts der abgelehnten Initiative aus dem Jahr 2007, die das gleiche Anliegen hatte. Bei Legislaturziel 5, Massnahme 18 stellt er sich vor, dass diese auch Biodiversität beinhaltet. Es war bemerkenswert, wie der Stadtrat dem Gemeinderat bis zum letzten Moment Ideen für Legislaturziele mitgegeben hat. Er macht den Rat auf seinen und Stadtrat Hiltpolds Vorstoss zum Legislaturziel 6 aufmerksam, den sie heute eingereicht haben. Bei Legislaturziel 7 zur Energiestadt Gold stellt er sich vor, dass das „auf dem Weg“ wegfällt und Thun sich in vier Jahren Energiestadt Gold nennen kann. Sehr mutig ist die Massnahme 32 zur Diskussion über Gemeindefusionen im Raum Thun. Der ehemalige Stadtpräsident Hansueli von Allmen betonte stets, dass Thun zu Fusionen bereit sei, jedoch nicht selber aktiv werden dürfe, sondern warten müsse, bis die umliegenden Gemeinden auf die Stadt zukämen. Dass Thun nun die Diskussion lancieren will, ist eine Strategieumkehrung. Er freut sich besonders darüber, dass Thun Smart City werden will, und auf seine Mitarbeit in der entsprechenden SAKO.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) findet einige Legislaturziele und Massnahmen etwas schwammig. In gewissen Punkten steht man vor einem Wegweiser-Wald und weiss nicht genau, wo das hinführt, so zum Beispiel bei Legislaturziel 6 zur Optimierung des Verkehrsregimes. Bei Legislaturziel 7 erbittet sie sich Aufklärung von Gemeinderätin Andrea de Meuron, da das Geschriebene nicht aufzeigt, was konkret getan werden muss, um das Energiestadt Gold-Label zu erreichen. Auch hat sich die FDP gefragt, was es heisst, ressourcenschonendes Verhalten zu stärken und die Gebäudeenergie-Strategie umzusetzen. Gilt das nur für die Verwaltung oder auch für Private? Sie hofft, dass aufgrund dessen keine nichtliberalen Verordnungen geschaffen werden, die mit exorbitanten Kostensteigerungen verbunden sind. Die längerfristigen Kosten für neue Heizungen zum Beispiel müssen sorgfältig eruiert werden. Bei Massnahme 27 haben sie sich gefragt, wer entscheidet, was ein innovatives Kulturprojekt bzw. -format ist. Bei Legislaturziel 11 bittet sie

um Klärung, was das Prädikat „smart“ bedeutet. Die FDP-Stadtratsgruppe nimmt die Legislaturziele zur Kenntnis und ist sehr gespannt, wo diese hinführen werden.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, hat mit Bedauern festgestellt, dass die Erreichung der Legislaturziele nicht intensiver vom Stadtrat überprüft wird. Er regt an, diese jeweils im Sommer der vorhergehenden Legislatur – eventuell vor den Wahlen – jeweils erneut zu thematisieren. Es ist schade, wenn man sich Ziele setzt, dann aber keine Rechenschaft darüber ablegt. Mit diesem Vorgehen könnte man dem Instrument der Legislaturziele mehr Wirkung verleihen.

Der Stadtpräsident weist bezüglich dem Votum von Stadträtin Krenger zu Smart City darauf hin, dass Gemeinderätin Andrea de Meuron gemäss Massnahme 38 nächstens eine Sitzung abhält, bei der definiert wird, welche Massnahmen gleich umgesetzt werden. Er bittet den Stadtrat, dem Gemeinderat etwas Zeit zu geben, da es sich um eine Strategie handelt, die noch nicht derart geschärft werden konnte, dass konkrete Aussagen möglich sind. Der Gemeinderat arbeitet jedoch daran. Es steht ausdrücklich, dass rasch Massnahmen umgesetzt werden sollen. Dies muss jedoch parallel mit der Erarbeitung der Strategie laufen und es wird nicht der Fall sein, dass bis zum Schluss nur Strategien vorliegen. Er widerspricht der Aussage, die Legislaturziele seien zu wenig ambitioniert: Energiestadt Gold zu werden, ist nicht einfach und ist ein längerfristiges Projekt – die Fachleute sagen sogar, das sei in dieser Legislatur unmöglich. Der Gemeinderat hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass er sich keine unrealistischen Ziele setzen möchte, sondern solche, an denen er sich messen lassen kann. Er stimmt Stadtrat Rosenberg zu, dass der Gemeinderat die Legislaturziele im Lichte von tagespolitischen Aktualitäten kommunikativ hätten aufpeppen können. Doch er hat auch darauf verzichtet, da eine solide, ehrliche Politik gegenüber der Bevölkerung sein primäres Anliegen ist. Der Stadtpräsident gibt auch Stadträtin Ernst-Reusser Recht, dass man manche Formulierungen anders hätte wählen können. Es handelt sich jedoch um eine Strategie und er ist der Meinung, dass man versteht, was gemeint ist. Die Gebäudestrategie betrifft insbesondere die städtischen Gebäude, das Baureglement wird jedoch im Rahmen der Ortsplanungsrevision angesprochen, wo die ganzen Energievorschriften Thema sind. Es ist klar, dass sich bezüglich Nachhaltigkeit nicht alle alles leisten können. Auch muss sich die Stadt an die übergeordnete Gesetzgebung halten. Die von Stadtrat Hiltbold angesprochene Berichterstattung ist im Finanzreglement geregelt. Selbstverständlich will der Gemeinderat auch gegenüber dem Stadtrat Rechenschaft ablegen. Intern sind die Abteilungen beauftragt, dem Gemeinderat für diejenigen Massnahmen, für die es noch keinen konkreten Auftrag gibt, Bericht und Antrag zur Umsetzung der Massnahmen zu stellen. Es werden dann mittels Controlling die einzelnen Schritte so terminiert, dass am Schluss eine Berichterstattung vorliegt. Dort spielen die SAKOs eine wichtige Rolle – sie wissen, welche Legislaturziele in ihrem Bereich angesiedelt sind. Trotz der grundsätzlichen Bringschuld des Gemeinderats fordert er den Stadtrat auf, mehr Einfluss zu nehmen und bei Fragen aktiv auf den Gemeinderat zuzugehen. Der Stadtpräsident dankt Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller, der bei der Erarbeitung der Legislaturziele eine sehr wichtige Funktion hat, für seine hervorragende Arbeit. Es ist nicht einfach, die unterschiedlichen Ideen und Wertvorstellungen des Gemeinderats zu koordinieren, mit den guten Ideen aus der Verwaltung anzureichern und daraus homogene Legislaturziele zu formulieren, die als Ganzes Sinn machen. Dem Stadtrat dankt er für die positive Aufnahme. Konkrete Entscheidungen werden folgen, sie werden jedoch nicht in jedem Fall einstimmig sein, da die Massnahmen auch Folgen haben. Er hofft, dass man gemeinsam weiterkommt und dass die nötigen Mehrheiten gebildet werden können. Gewisse Entscheidungen werden in dieser Legislatur vors Volk kommen und es ist die Aufgabe der Politik, mehrheitsfähige Vorlagen zu präsentieren.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 und 44 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 1. Mai 2019,

beschliesst einstimmig:

Von den Legislaturzielen 2019-2022 des Gemeinderates wird Kenntnis genommen.

71. Interpellation I 7/2019 (dringlich) betreffend Umgestaltung Viehmarktplatz: Ein Stadtgarten für Thun

Fraktionen SVP, Grüne/JG, SP und Mitunterzeichnende vom 21. März 2019; dringliche Beantwortung

Peter Aegerter, **Fraktion SVP**, ist zwar grundsätzlich befriedigt mit der Antwort, wünscht aber dennoch eine kurze Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Der Stadtpräsident betont, dass der Gemeinderat mit den Initianten in Kontakt steht. Einiges ist in Bewegung, gerade wenn man die Baustellen-Situation betrachtet. Der Gemeinderat steht der Idee nach wie vor grundsätzlich positiv gegenüber, betont jedoch, dass es auf beiden Seiten Herausforderungen gibt. Er wird weiterhin bemüht sein, die verschiedenen Bedürfnisse zu berücksichtigen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die einigermassen schlüssige und nachvollziehbare Beantwortung der einzelnen Fragen. In der Antwort zum Postulat P 2/2016 wies der Gemeinderat darauf hin, dass die damalige Wettbewerbszielsetzung betreffend die Platzgestaltung forderte, dass die historische Stadtmauer sowie der Venner-Zyroturm als Kulturdenkmäler mit touristischem Wert erkennbar bleiben müssen. In der heutigen Interpellationsantwort fehlt dieser Hinweis und er fragt sich, ob die damalige Zielsetzung keine Gültigkeit mehr hat. Auch wenn nicht die Meinung ist, dass der mit dem Vorstoss eingereichte Vorschlag 1:1 umgesetzt wird, könnte er sich gewisse Friktionspunkte im Zusammenhang mit den Kulturdenkmälern vorstellen. Ein möglicher Verzicht auf die Gebühren für die Nutzung des öffentlichen Grundes, wie dies in Antwort 4 angetönt wurde, müsste nochmals hinterfragt werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass Ungleichheiten geschaffen und andernorts Begehrlichkeiten geweckt werden. Dass die Stadt jedoch bereit ist, eine gewisse Hilfestellung für Interessierte zu leisten, ist begrüssenswert und entspricht dem Postulat P 2/2016. Keinesfalls sollte die Stadt auf dem Viehmarktplatz als „Beizer“ auftreten – dies muss Privaten überlassen werden.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, hat mit seiner Fraktion den Vorschlag des Pumptracks gebracht, was gut funktioniert hat und eine gewisse Bewegung auf den Platz brachte. Er sieht für den Platz primär ein mobiles, pop-up-artiges und modulares Angebot. Bezüglich fixen Bauten und Infrastrukturanpassungen ist seine Fraktion klar der Meinung, dass verschiedene Nutzungen möglich bleiben müssen. Der Viehmarktplatz ist sicher bis 2020 als Installationsplatz für Baustellen vorgesehen, was nachvollziehbar und richtig ist. Das Projekt hat somit bis dann Zeit, sich weiterzuentwickeln und die Finanzen, Organisationsform und Infrastrukturbedürfnisse zu konkretisieren. Er äussert Zweifel, dass ein fixes Gastro-Angebot an diesem sonnenabgewandten, verkehrsintensiven und dezentralen Standort gute Karten hätte. Diese Projektidee erfordert eine Nachschärfung, um festzulegen, was zielführend sein könnte.

Markus van Wijk (FDP) lobt die Tatsache, dass der Vorstoss innerhalb des Stadtrats so breit abgestützt ist. Ihn nervt dieser Platz schon lange und er findet das Anliegen richtig. Die FDP hofft, dass die Stadt das Projekt Stadtgarten rasch, unkompliziert und nachhaltig unterstützt. Wenn es gelingt, auch in diesem Teil der Stadt eine Attraktivitätssteigerung zu erwirken, die insbesondere auf privater Initiative gründet, ist das höchst erfreulich und unterstützungswürdig. Wegen schwieriger Nachbarschaftsverhältnisse bereiten ihnen Fragen wie die Ausschenkzeiten etwas Sorgen. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Venner-Zyroturm sind diesbezüglich wenig ermutigend.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, findet es wichtig, dass man etwas findet, um sicherzustellen, dass man künftig keinen Bogen mehr um den Viehmarkplatz macht. Sie begrüsst die vorliegende Initiative und ist absolut offen, solange der Platz irgendwie belebt wird. Die glp/BDP-Fraktion steht hinter der Unterstützung der Stadt von solchen Projekten, solange dies nicht zu einer Ungleichbehandlung der Gewerbetreibenden in Thun führt. Sie schlägt vor, eine – aufgrund der wohl beschränkten Nachfrage – übersichtliche Marktmiete einzukassieren und freut sich, dass aus der Antwort des Gemeinderats hervorgeht, dass er Aussen-sitzplätzen in der Stadt Thun allgemein positiv gegenübersteht.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Es ist etwas Neues, dass eine Projektidee, die doch schon relativ konkret ist und viel Vorarbeit aufweist, auch von privater Seite breit abgestützt ist. Da die Projektidee vor über einem Jahr eingereicht wurde, hat er den Eindruck, dass der Gemeinderat diese nicht so ernst nimmt und die Initianten nicht richtig auf dem Laufenden hält. Es darf

nicht der Eindruck entstehen, dass es in Thun nichts bringt, initiativ zu sein. Seine Fraktion findet die eingereichte Idee für diesen unattraktiven Ort sehr bestechend und es würde ihn interessieren, wie es mit der Planung weitergeht. Dabei denkt er auch an die Schadaugärtnerei. Nicht ganz nachvollziehbar ist für ihn die Sache mit dem Installationsplatz.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, findet die Antwort im Grossen und Ganzen erfreulich. Im sehr unterstützungswürdigen Projekt der IG Unterstadt sieht sie eine grosse Chance, dass dieser langjährige Unort zu einem Ort wird, wo sich die Leute gern aufhalten. Sie sieht auch nicht ganz ein, warum gerade dieser Platz als Installationsplatz für die Kunsteisbahn verwendet werden soll. Wie ihr Vorredner geht sie davon aus, dass es aufgrund der Unklarheiten bezüglich Zuständigkeiten und Zeitplan für die Projektverantwortlichen sehr schwierig ist, zu planen. Die SP-Fraktion wünscht sich deshalb einen konkreten, klaren Zeitplan. Es wäre zu begrüssen, wenn seitens der Stadt eine Person die Sache an die Hand nehmen würde. Da es um Gastro-Angebote geht, könnte das Polizeinspektorat erste Ansprechstelle sein.

Der Stadtpräsident bestätigt, dass es bezüglich Kulturdenkmal keine neueren Beschlüsse des Gemeinderats gibt. Bei baulichen Massnahmen oder einer Zonenplanänderung wird jedoch die Denkmalpflege mitreden. Er klärt ein Missverständnis: Der Installationsplatz ist nicht für die Eishalle gedacht, sondern für den Leitungsbau Berntor Richtung Steffisburg und Bern. Man kann diesen Installationsplatz selbstverständlich verlegen, jedoch wird das aufgrund anderer Interessen – z.B. von anderen Gewerbebetreibenden – nicht einfach sein und eine Interessenabwägung erfordern. Auch die Situation mit der Unterstützung ist nicht ganz einfach. Punkto Aufgabenteilung ist vom allgemeinen Grundsatz auszugehen, dass die Stadt für die Infrastruktur zuständig ist und eine gute Ausgangslage bietet, und dass das Finden des richtigen Business Case den privaten Spezialisten überlassen sein wird, die dann auch das Unternehmerrisiko tragen. Ansprechperson ist der im Publikum anwesende Peter Jost, Leiter der Abteilung Stadtmarketing und Kommunikation, welcher im Gespräch mit den Initianten ist. Es sind verschiedene städtische Stellen involviert, die Stadt ist jedoch daran, die Arbeiten zu koordinieren.

72. Postulat P 1/2019 betreffend Tankstelle in der Hafenanlage Lachen

Fraktion EVP+EDU+CVP, Fraktion SVP vom 18. Januar 2019; Beantwortung

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, erklärt, weshalb seine Fraktion einen Tankstellenvorstoss eingereicht hat. Als Präsident des Dürrenast Leist hat er vieles zum Thema mitbekommen und nahm an Informationsveranstaltungen teil. Als ehemaliges Mitglied der SAKO B+L bekam er mit, dass man aus finanziellen Gründen auf diese Tankstelle verzichten will. Die Konsequenzen daraus wären, dass Bootsfahrende weiterhin in Merligen tanken müssten. Allerdings wurde beim 1. Projekt der Verzicht des Baus einer Tankstelle nicht in Franken beziffert und da wünschte sich die Fraktion mehr Informationen. Die Fraktion wünscht sich mehr umweltschonende Fortbewegungsmittel, wobei es sich nicht um eine Trittbrettfahrtaktion im Zusammenhang mit der Klimadebatte handelt. Die Realität zeigt, dass leider noch viele Boote mit Benzin fahren und dies auch noch lange so sein wird. Der Gemeinderat bezeichnet das Tanken in Merligen und das Einfüllen per Kanister nüchtern als nicht optimal. Es ist jedoch nicht nur nicht optimal, sondern nicht sinnvoll, ökologisch bedenklich und für den Kanal belastend. Er verlangt, dass der Gemeinderat weitere betriebliche, technische, wirtschaftliche und politische Abklärungen vornimmt, den optimalen Standort abklärt und Gespräche mit möglichen Betreibern führt. Der Plan für die Sanierung der Hafenanlage darf nicht in Rückstand geraten. Die Fraktion EVP+EDU+CVP kann deshalb damit leben, dass das Tankstellenprojekt nachträglich realisiert wird und steht hinter dem Antrag des Gemeinderats.

Markus van Wijk (FDP) zitiert das Legislaturziel, Thun als attraktive Stadt am Wasser zu stärken, dem auch die Attraktivitätssteigerung der Hafenanlage Lachen unterzuordnen ist. Es gibt zwar einen Trend zu Elektromotoren bei Booten, jedoch wird es noch länger dauern, bis alle Boote auf Elektromotoren umgestiegen sind. Die FDP ist der Ansicht, dass die verzögerte Installation einer Tankanlage nicht opportun ist, und dass es aus Bausynergiegründen effizienter wäre, die Anlage schon jetzt zu bauen. Das Boot in der Nähe des Stellplatzes zu betanken, ist ökologischer und ökonomischer, als über den ganzen See zu fahren, und stärkt Thun als Stadt am Wasser. Die ausgewiesenen Kosten liegen über dem Limit, deshalb sollte versucht werden, mit synergetischen Massnahmen und allenfalls kommerziellen Produkten aus dem Regal

den Preis zu senken. Die FDP glaubt, dass bei einer geschickten Planung die prognostizierten Stolpersteine aus dem Weg geräumt werden können, und ist einstimmig für die Annahme.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, dankt den Postulanten für das Nachhaken in seinem eigenen Anliegen, welches er zusammen mit Stadtrat Schertenleib als Postulat P 7/2015 eingereicht hat. In der Kommission wurde ihnen die Machbarkeit im Raum Strandbad grundsätzlich bestätigt, wobei es sich dabei nur um eine erste, grobe Analyse handelt. Die Kosten sind hoch, könnten aber mit privaten Anbietern deutlich gesenkt werden. Er widerspricht Stadtrat van Wijk, was den Trend zu Elektromotoren im Bootssport betrifft. Es gibt vielmehr eine Tendenz zu grösseren und breiteren Booten, wo der Einsatz von Elektromotoren nicht einfach ist, auch wegen des kleinen Wirkungsgrads des Motors. Er ist froh, dass das Projekt zustande gekommen ist, und erwartet den Abschluss der Umsetzung der Tankstelle bis 2022/23. Die SVP-Fraktion freut sich auf kurzfristige und mittelfristige Massnahmen, welche hoffentlich schon Ende Jahr umgesetzt werden sollen, und nimmt das Postulat einstimmig an.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, findet es einen sehr unkonventionellen Ansatz, Umweltschutz mit dem Bau einer Tankstelle in Verbindung zu bringen und bezweifelt, dass der Umwelt damit gedient ist. Nicht genannt wurde die Konsequenz, dass der Bau einer zweiten Tankstelle mehr Bootsverkehr bedeuten würde. Dies ist in der Umgebung eines Vogelreservats von nationaler Bedeutung und eines Naherholungsgebiets für die Bevölkerung nicht wünschenswert. Die von den Postulanten genannten Vorteile müssten die Nachteile wieder aufwiegen. Das Argument, eine Tankstelle zu bauen, weil es noch nicht viele Elektromotoren gibt, ist zu kurz gegriffen. Sie wünscht sich eine Grundsatzdebatte zur Frage, in welche Richtung man gehen und was man auf dem See haben will. Es ist fraglich, ob es die Aufgabe der öffentlichen Hand ist, eine Tankstelle für den Freizeitgebrauch von Motorbooten zu finanzieren. Die Fraktion Grüne/JG lehnt das Postulat ab.

Margrit Schwander, **SP-Fraktion**, kann die ausführliche Antwort des Gemeinderats und das schrittweise Vorgehen nachvollziehen. Es ist richtig, nicht die ganze Sanierung der Hafenanlagen zu stoppen, um eine Tankstelle zu bauen. Wichtig ist, dass man sich nichts verbaut. Sie teilt allerdings die Bedenken ihrer Vorrednerin und wünscht sich eine Klärung. Ausserdem wüsste sie gerne, welches die Auswirkungen einer neuen Tankstelle wären. Die gestellten Fragen müssen geklärt werden, doch die Grundsatzdebatte über die Frage, wer auf dem See unterwegs sein darf, sollte nicht an diesem Geschäft aufgehängt werden. Die SP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Simon Werren, **glp/BDP-Fraktion**, findet es sinnvoll, den Bau einer Tankanlage im Zuge der Erneuerung des Gebiets um das Strandbad zu prüfen. Es ist jedoch vertretbar, die Tankanlage erst nach den vordergründigen Sanierungen zu erstellen. Für eine spätere Erstellung müssten jedoch einige Rahmenbedingungen stimmen. So sollten bei einer späteren Investition die Kosten durch den Betrieb wieder eingenommen werden. Es wäre wünschenswert, ein Unternehmen zu finden, das die Kosten zumindest teilweise trägt und den Betrieb der Anlage übernimmt. Die glp/BDP-Fraktion nimmt das Postulat an und folgt dem Gemeinderat.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, findet es nicht logisch, dass eine Tankstelle mehr Bootsverkehr mit sich bringt. Die Bootsplätze am See sind beschränkt, insofern würde es bloss eine faktische Umverteilung des Tankverkehrs geben. Er stellt klar, dass das Postulat nicht verlangt, dass die Stadt die Tankstelle finanziert, sondern eine Abklärung und eine Suche nach möglichen Betreibern, damit man die Kostenaufteilung klären kann.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, staunt in Anbetracht dessen, dass sich der Rat so kurz nach der Diskussion über das Legislaturziel einer nachhaltigen Entwicklung mit solchen Fragen beschäftigt. Unter Nachhaltigkeit versteht er in erster Linie die ökologische Nachhaltigkeit. Beim vorliegenden Geschäft geht es um die Befriedigung eines Luxusbedürfnisses, dessen finanzielle Folgen niemand angesprochen hat. Es ist sehr vieles im Finanz- und Aufgabenplan enthalten, genau diese Tankanlage jedoch nicht. Der Rat hat vor einem Jahr über die Sanierung der Hafenanlage gesprochen und der Gemeinderat verzichtete ausdrücklich auf eine Tankanlage. Es ist ein widersprüchliches Verhalten, dass man sich ein halbes Jahr später plötzlich über die Notwendigkeit einer Tankanlage einig zu sein scheint.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, fragt sich, was das Parlament noch dürfen soll, wenn der Gemeinderat aufgrund eines genehmigten Legislaturziels offenbar nichts mehr prüfen darf, was nicht gerade mit dem Veloverkehr zu tun hat. Er weist Stadtrat Hiltbold darauf hin, dass auch die SP-Fraktion wissen will, was es bedeuten würde, im Lachen eine Tankstelle zu bauen. Es geht heute weder um den konkreten Bau der Tankstelle, noch wird Geld gesprochen.

Gemeinderat Konrad Hädener informiert den Rat, dass in den letzten Tagen das Ergebnis der Vorprüfung des Regierungsstatthalters über das Bauprojekt Sanierung Hafen Lachen eingetroffen ist. Dort stehen alle Ampeln auf Grün und das Projekt kann vorangetrieben werden. Der Gemeinderat möchte die bevorstehende, ausserordentliche Seeabsenkung im Winter für die Umsetzung des Hafenprojekts nutzen. Es wäre nicht opportun, die beiden Projekte, die sich auf einem ganz anderen Abklärungsstand befinden, zu koppeln, ansonsten wird das unbestrittene Hafenprojekt gefährdet. Dieses sieht Strom-Steckdosen für praktisch jeden Bootsanlageplatz vor. Es ist die Absicht des Gemeinderats, möglichst schnell die nötige Infrastruktur für Elektroboote bereitzustellen, was sicher nicht im Widerspruch zu den Legislaturzielen steht. Die Prüfung beinhaltet keine Investitionen seitens der Stadt und es soll abgeklärt werden, ob sich jemand Privates einschalten möchte.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 26 : 7 Stimmen bei 1 Enthaltung als erheblich.

73. Postulat P 3/2019 betreffend Nachhilfe- und Stützunterricht als Kombi-Angebot in der Tagesschule anbieten

Darshikka Krishnanantham (SP) und Mitunterzeichnende vom 14. Februar 2019; Beantwortung

Darshikka Krishnanantham, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die positive Stellungnahme. Sie präzisiert, dass es sich nicht um Hausaufgaben im engeren Sinn, sondern um Stütz- und Nachhilfeunterricht handelt. Die Kinder, die Stützunterricht benötigen, sind nicht immer die gleichen, die auch die Tagesschule besuchen. Die Gestaltung des Lehrplans 21 mit mehr Unterricht und weniger Hausaufgaben soll die Chancengleichheit erhöhen. Kinder mit Deutsch als Zweitsprache müssen das Doppelte leisten, um ans Ziel zu kommen, zudem erhalten sie von ihren Eltern wegen deren fehlender Sprachkenntnis wenig Unterstützung. Das Ziel des Postulats sind gleiche Bildungschancen für alle Kinder. Die SP-Fraktion unterstützt die Antwort des Gemeinderats in jeder Hinsicht.

Barbara Klossner-Beer, **SVP-Fraktion**, findet die Antwort des Gemeinderats schlüssig und nachvollziehbar. Es bestehen in der Stadt genügend Angebote von Privaten und es ist jedem selbst überlassen – im Sinne der Eigenverantwortung - für sein Kind solche bestehenden Angebote anzufordern. Die Tagesschulen unterstützen bei der Organisation. Für die SVP-Fraktion ist dieser Prüfauftrag erfüllt und sie stimmt dem Antrag auf Annahme und Abschreibung einstimmig zu.

Susanna Ernst-Reusser (FDP) ist der Ansicht, dass dieser Vorstoss in die Kategorie „nice to have“ fällt. Wenn man das Verhältnis zwischen der Anzahl Kinder und der Anzahl Betreuungspersonen in Tagesschulen betrachtet, sind solche Wünsche leider obsolet. Als alleinerziehende Mutter wäre sie bereits über das Tagesschulangebot mit dem Mittagstisch froh gewesen. Man kann jedoch nicht alles auf die öffentliche Hand abschieben. Dass die Kinder begleitet und kontrolliert Hausaufgaben machen können, ist schon ein grosser Fortschritt für Kinder, die diese Unterstützung zuhause nicht haben. Bevor den bestehenden Tagesschulen noch mehr Aufgaben zugewiesen werden, sollten erst die Tagesschulplätze erweitert werden. Die FDP nimmt das Postulat an und schreibt es gleichzeitig ab.

Reto Vannini, **glp/BDP-Fraktion**, ist etwas verunsichert darüber, dass die Postulantin mit der Abschreibung ihres Vorstosses einverstanden ist, obwohl dann nichts passiert. Der Vorstoss geht in eine gute Richtung und deshalb ist es schade, wenn er abgeschrieben wird. Doch angesichts der Formulierung des Gemeinderats ist nachzuvollziehen, dass das im Postulat Geforderte nicht möglich ist. Man könnte gewisse Punkte aus dem Vorstoss retten: Die Bedeutung der Hausaufgaben sollte gemäss Lehrplan 21 längerfristig sinken. Sein Wunsch an die Verantwortlichen des Amts für Bildung und Sport und an die Schulkommission ist es, den Forderungen des Lehrplans 21 im Zusammenhang mit Hausaufgaben Nachdruck zu verleihen. Etwas

schwieriger ist die Frage nach dem Nachhilfeunterricht und dessen Sinn und Wirkung. Schülerinnen und Schüler, die längere Zeit in der Schule fehlen, haben Anspruch auf Unterstützung, um den verpassten Stoff aufzuholen. Hier können Tagesschulangebote helfen, doch eigentlich ist es Sache der Klassenlehrperson. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass ein Fünftel bis ein Sechstel der Kinder Nachhilfeunterricht brauchen – viel zu viele! Es stellt sich die Frage, weshalb so ein grosses Bedürfnis vorhanden ist und was da falsch läuft. Die Schule setzt individuelle Lernziele für die Kinder und trotzdem besteht ein grosses Bedürfnis nach Nachhilfeunterricht. Die Studien sagen, dass Nachhilfeunterricht zwar Gewisses leisten kann, doch in vielen Fällen nichts nützt. Stadträtin Krishnanantham hat zwar ein gutes Anliegen, das auf diese Weise aber nicht umsetzbar ist. Ganztageschulen nach nordischem Modell wären wohl angemessener, aber sich im Rat dafür einzusetzen, ist wohl vergebene Liebesmühe. Die glp/BDP-Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Susanne Gyga, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, ist dankbar für das bestehende Angebot an den sechs Tagesschulen. Dieses muss unbedingt freiwillig bleiben und sollte nicht in Richtung des nordischen Modells gehen. Sie steht hinter dem Votum von Stadtrat Vannini bezüglich Lehrplan 21 und könnte sich vorstellen, dass die Tagesschulen Raum zur Verfügung stellen für Nachhilfelehrkräfte, damit die Kinder keinen zusätzlichen Weg auf sich nehmen müssen. Die Fraktion EVP+EDU+CVP unterstützt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Gemeinderat Roman Gimmel widerspricht Stadtrat Vanninis Aussage, dass mit der Abschreibung des Postulats nichts geschehe. Er findet die Idee von Stadträtin Krishnanantham sehr interessant und der Gemeinderat war sehr offen, was die Antwort anbelangte. Es kamen viele Gedanken zur Sprache und der Gemeinderat hat sich insbesondere in Erinnerung gerufen, was die Tagesschule eigentlich ist. Es handelt sich dabei weniger um einen Ort für Stütz- und Nachhilfeunterricht, sondern primär um die ordentliche Betreuung ausserhalb des Stundenplans, mit Mittagessen und Freizeitangeboten. Wenn man den Stütz- und Nachhilfeunterricht integrieren möchte, müsste man sich eine Annäherung an die Ganztageschule oder das nordische Modell überlegen. Er dankt dem Rat für die spannende Diskussion.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

74. Interpellation I 3/2019 betreffend Gesamtverkehrskonzept MIV: Langfristige Grossprojekte

Fraktion Grüne vom 18. Januar 2019; Beantwortung

Till Weber, **Fraktion Grüne/JG**, ist nicht befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Gemeinderat Konrad Hädener betont, dass es bei der Interpellation um die Kritik an einer Aussage geht, die der Gemeinderat im Rahmen der Verabschiedung des Gesamtverkehrskonzepts im Dezember 2018 gar nicht gemacht hat. Konkret geht es um die Voraussetzungen zur Inangriffnahme von Grossprojekten wie dem Hübelitunnel oder der Aarequerung Thun-Süd. Der Gemeinderat äusserte im Gesamtverkehrskonzept, es sei eine zwingende Voraussetzung, dass der Bypass Thun-Nord in Betrieb sei und dass es eine Wirkungskontrolle über den Bypass mit seinen Begleitmassnahmen gegeben habe. Diese Aussage macht deutlich, dass es daneben noch andere Voraussetzungen gibt. Die Gesamtverkehrsstudie aus dem Jahr 2003 geht einen Schritt weiter und sagt, die Voraussetzung des Massnahmenpakets 3, das den Hübelitunnel und die Aarequerung Thun-Süd beinhaltet, sei die Realisierung der Massnahmenpakete 1 und 2, inklusive deren Wirkungskontrolle. Auch dort wird auf mehrere Voraussetzungen verwiesen. Überall steht unausgesprochen die Frage der Finanzierbarkeit, bei der es sich unbestritten um die entscheidende Voraussetzung handelt, da man von Investitionen im dreistelligen Millionenbereich spricht. Die Interpellanten stellen hier eine Diskrepanz fest zwischen der Formulierung im Gesamtverkehrskonzept und derjenigen in der Gesamtverkehrsstudie, zwischen denen 15 Jahre liegen und die von unterschiedlichen Stellen verfasst wurden. Der Gemeinderat sieht inhaltlich keine Differenz und ist der Meinung, dass die Voraussetzung zum Beginn eines solchen Generationenprojekts ist, dass man die Massnahmenpakete 1

und 2 inklusive Wirkungskontrolle in Angriff genommen hat. Am rechten Thunerseeufer wird seit Jahrzehnten über den Hübelitunnel gesprochen und es sind vermehrt politische Forderungen in dieser Richtung zu erwarten. Die betrifft jedoch das rechte Thunerseeufer und nicht das städtische Gesamtverkehrskonzept.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, hat Mühe damit, wenn man sich der Realität widersetzt, denn es wird mehr Verkehr geben und diese Projekte werden umgesetzt werden müssen. Dass diese Projekte auf dem Rader bleiben, ist gelungen mit dem Umstand, dass sie überhaupt noch Teil des Gesamtverkehrskonzepts sind. Einverstanden ist er mit der Aussage, dass man bei der Realisierung der Projekte Schritt für Schritt vorgehen muss, zumal ein Grossteil der Projekte bereits eine Verzögerung aufweist. Es darf jedoch nicht sein, dass gegenwärtige, noch beeinflussbare Handlungen die Erstellung von künftigen Projekten verunmöglichen. Sie müssen gegenwärtig als langfristige Umsetzungen betrachtet werden, denn besser wird es ganz sicher nicht. Positiv an der Interpellation ist der Zugang zur Controlling-Liste, weshalb sich die Interpellation sicher gelohnt hat.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und insbesondere für die mitgelieferten Unterlagen. Die kostenintensiven Projekte werden ohnehin relativ stark verzögert. Man gleist nicht so kostenintensive Projekte auf, wenn man nicht alles andere bereits geprüft hat. Es ist jedoch richtig, dass die beiden Projekte auch auf dem Programm sind, wenn die Massnahmen geprüft werden.

Till Weber, **Fraktion Grüne/JG**, war vorher nicht zufrieden, empfindet die Interpellation jedoch durch die Präzisierungen von Gemeinderat Konrad Hädener als beantwortet. Der Verkehr ist ein System, das aus vielen Komponenten besteht. Alles, was auf der Liste rot markiert ist, muss umgesetzt sein, bevor man beschliesst, eine neue Strasse oder einen neuen Tunnel zu bauen. Wenn das nicht abschliessend getan wird (inkl. Erstellung der Veloparkplätze), muss man nicht über solche Massnahmen diskutieren.

Markus van Wijk (FDP) erwähnt die Veranstaltung des OIK 1, die am 30. Januar 2019 – also nach Einreichen der Interpellation – unter Anwesenheit des entsprechenden Gemeinderats im Seepark stattfand und wo genau diese Thematik diskutiert wurde. Das wäre eine Gelegenheit gewesen, die Fragen der Interpellanten direkt zu beantworten. Die FDP-Stadtratsgruppe teilt die Logik der Beantwortung der gestellten Fragen, auch wenn sie mit dem Gesamtverkehrskonzept nicht in allen Punkten einverstanden ist. Sie sind der Ansicht, dass viele Aspekte der Gesamtverkehrsstudie aus dem Jahr 2003 eben genau dort hineingeflossen sind. In den vergangenen 16 Jahren fanden jedoch in Sachen Verkehrsführung und Technik gewaltige Entwicklungen statt. Die FDP hätte Mühe mit einem heutigen, grundsätzlichen Verzicht auf die Aarequerung-Süd oder den Bau des Hübelitunnels. Stadtrat van Wijk ruft dazu auf, die Erkenntnisse der Wirkungskontrolle Bypass Thun-Nord mit allen dazugehörigen Teilprojekten abzuwarten, ohne bereits heute alle künftigen Optionen zu eliminieren.

75. Fragestunde 10/2019 betreffend Schadaugärtnerei

SVP-Fraktion vom 4. Juni 2019; Beantwortung

Die Frage F 10/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

76. Fragestunde 11/2019 betreffend Massnahmen aus Ergebniskonferenz Schadau

Fraktion EVP+EDU+CVP vom 4. Juni 2019; Beantwortung

Die Frage F 11/2019 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

Eingänge

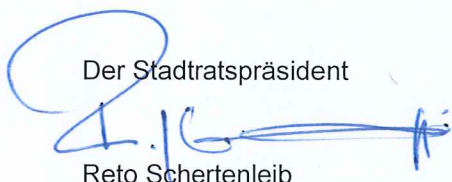
- P 10/2019 Postulat für höheren Biogas-Bezug für städtische Liegenschaften; Fraktionen SP, glp/BDP, Grüne/JG und Mitunterzeichnende vom 6. Juni 2019

- P 11/2019 Postulat für eine reduzierte MIV-Geschwindigkeit vom Maulbeerkreisel zum Lauitor; Franz Schori (SP), Thomas Hiltbold (Grüne/JG) und Mitunterzeichnende vom 6. Juni 2019
- P 12/2019 Postulat betreffend Prüfen von Rahmenbedingungen für die Nutzung und Weiterentwicklung der Schadaugärtnerei; Fraktion Grüne/JG und Fraktion SP vom 6. Juni 2019
- P 1/2019 Postulat „Förderung energietechnisch sinnvoller Sanierungen durch Anreize“; Fraktion SVP und Mitunterzeichnende vom 6. Juni 2019
- I 13/2019 Interpellation: Stand Bauminventar und rechtlicher Schutz von Bäumen; Fraktion Grüne/JG vom 6. Juni 2019

Mitteilungen

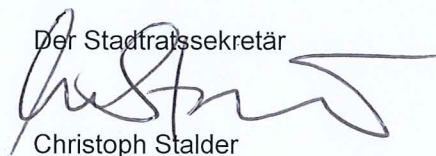
Der Stadtratspräsident informiert betreffend das in der letzten Sitzung eingereichte Postulat P 7/2019 „Sexismus und sexuelle Gewalt: Nicht in meinem Parlament!“, dass sich das Stadtratsbüro demnächst mit dessen Beantwortung auseinandersetzen wird. Weiter macht er darauf aufmerksam, dass im Rahmen der Einweihungsfeier der Kunstrasenfelder Thun-Süd vom 17. August 2019 ein Plausch-Fussballmatch stattfindet und die Anfrage vom ehemaligen Stadtrat, Sportchef FC Allmendingen und OK-Mitglied Einweihungsfeier Kunstrasenfelder Thun-Süd Peter Fahrni erfolgt ist, ob der Stadtrat eine Mannschaft stellen würde. Die Teilnahme wurde auch in den Fraktionen besprochen und die mögliche Anzahl Teilnehmenden wurden vor der Stadtratssitzung gemeldet. Besonders ermutigt der Stadtratspräsident noch Spielerinnen und Spieler aus den Reihen der Fraktion Grüne/JG und der SP-Fraktion zur Teilnahme.

Der Stadtratspräsident



Reto Schertenleib

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder

